



GUTE PFLEGE IST EIN MENSCHENRECHT

Ausgabe 06 - 2013
Berlin, August 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Abschlussaktion auf dem Alexanderplatz war ein voller Erfolg! Dafür möchten wir uns auch an dieser Stelle noch einmal bei allen Unterstützerinnen und Unterstützern bedanken! Berichte und Links zu den Fotos, die wir gemacht haben, finden Sie in dieser Ausgabe des Newsletters.

Darüber hinaus gibt es natürlich auch wieder viele andere spannende Beiträge über Aktionen des Bündnisses, seiner Mitglieder und Unterstützer.

In der heißen Phase des Wahlkampfes werden wir noch einmal intensiv für unsere Bündnisforderungen werden. Dazu haben wir eine eCard-Aktion ins Leben gerufen-so viel sei schonmal verraten. Alles Nähere dazu werden wir Ihnen in einer Sonderausgabe des Newsletters mitteilen.

Weitere Infos zu den einzelnen Aktionen finden Sie auf unserer [Website](#).

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre des Newsletters!
Wenn Sie Fragen zum Bündnis für gute Pflege oder Anregungen zu unserem Newsletter haben, dann schreiben Sie uns eine [E-Mail](#).

Ihr Team vom Bündnis für gute Pflege

Bündnis für gute Pflege - Infodienst

[I. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege](#)

[1.1 Erfolgreiche Abschlussveranstaltung des Bündnisses für gute Pflege](#)

[1.2 Bündnis für Gute Pflege bei SPD-Parteivorstand](#)

[1.3 Bündnisfilm: Gute Pflege ist ein Menschenrecht](#)

[1.4 Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl](#)

[II. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege](#)

[2.1 AWO: Pflege-Bürgerversicherung: Gutachten belegt Umsetzbarkeit des AWO-Modells](#)

[2.2 AWO unterstützt Forderungen von Transparency Deutschland nach mehr Transparenz](#)

[2.3 Familienpflegezeit – AWO fordert Rechtsanspruch und Abbau von Verwaltungsaufwand](#)

[2.4 Protestaktion und Bündnis-Podiumsdiskussion in Aachen mit Ulla Schmidt \(SPD\) und Rudolf Henke \(CDU\): Patient Pflege - noch zu retten?](#)

[2.5 Diakonie Baden befragt vor der Bundestagswahl Politiker](#)

[2.6 Diakonie Hamburg: Appell an die Bundespolitik: Das Thema „Pflege“ muss auf Platz 1 der politischen Agenda](#)

[2.7 Postkartenaktion "7 Forderungen = 1 Ziel" von ver.di in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bayern](#)

[2.8 Kurz notiert: Aktionsstand Bündnis für gute Pflege in Düsseldorf](#)

[III. Veranstaltungen und Termine](#)

[3.1 DEVAP-Bundeskongress am 25./26. September 2013 in Berlin](#)

[3.2 Berliner "Woche der pflegenden Angehörigen" vom 23.-29. September 2013](#)

[3.3 Basale Stimulation e.V.: Vorankündigung: Wieviel Ethik braucht die Pflege? am 12.10.2013 in Bad Ischl](#)

[3.4 Pro Pflege – Selbsthilfenetzwerk: Einladung zum öffentlichen Pflgetreff am 19.11.2013](#)

I. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege

[nach oben](#) ↑

1.1 Erfolgreiche Abschlussveranstaltung des Bündnisses für gute Pflege

[nach oben](#) ↑

Erfolgreiche Abschlussveranstaltung des Bündnisses für gute Pflege

Bei strahlendem Sonnenschein überreichte das Bündnis für gute Pflege am Samstag, den 20. Juli 2013, mitten auf dem Berliner Alexanderplatz die gemeinsamen Forderungen von 23 bundesweit agierenden Verbänden an die Politik und stellte sie zugleich noch einmal anschaulich der Öffentlichkeit vor. Die zentrale Podiumsveranstaltung in der Hauptstadt bildete den Abschluss einer dreiwöchigen Reihe von regionalen, bundesweit abgestimmten Aktionen.

Mit den Aktionswochen forderte das Bündnis die Politik öffentlich dazu auf, die dringend notwendigen Veränderungen einzuleiten. Dazu gehören maßgeschneiderte Leistungen für Pflegebedürftige, bessere Unterstützungsleistungen und Anerkennung für pflegende Angehörige, attraktivere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und um das finanzierbar zu machen: eine solidarische Finanzierung der Pflege.

Bei der Abschlussveranstaltung kamen zuerst diejenigen zu Wort, für die sich das Bündnis stark macht: Eindrucksvoll beschrieb Raimund Cichos die Hürden und Herausforderungen, die mit der Betreuung seiner demenzerkrankten Ehefrau einhergehen. Allein drei Jahre dauerte die Suche nach einer Anlaufstelle, die dem Ehepaar helfen konnte. Seine Erkenntnis „Wir sind zu zweit und doch allein“ bewegte die Gäste vor und auf der Bühne. Jana Nowotny schilderte ihre Erfahrungen als berufliche Pflegekraft. Insbesondere an Wertschätzung fehle es noch für die schwere körperliche und psychische Arbeit, die die „Allround-Player“ in der Pflege tagtäglich professionell leisteten.

Die vier Vertreterinnen des Bündnis' für gute Pflege bestätigten diese Erfahrungen aus der Praxis. Die Forderungen des Bündnis' für gute Pflege sollen nicht zuletzt genau hier Abhilfe

schaffen. Sabine Jansen, Geschäftsführerin der Deutschen Alzheimer Gesellschaft, griff insbesondere die Situation der pflegenden Angehörigen auf: „79% der Berufstätigen zwischen 25 und 59 schätzen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf als „nicht so gut“ ein. Auch das Familienpflegezeitgesetz, das 2011 in Kraft getreten ist, hat daran nicht viel geändert, da nur wenige das Gesetz so wie es ist, nämlich ohne Rechtsanspruch gegenüber den Arbeitgebern und verbunden mit Einkommensbußen wegen der reduzierten Arbeitszeit, in Anspruch nehmen.“ Sylvia Bühler, Mitglied des Bundesvorstands der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, unterstrich die Situation der beruflich Pflegenden: "Es muss aufhören mit Pflege im Akkord und schlechter Bezahlung. 74 Prozent der Pflegenden können sich nicht vorstellen bis zur Rente zu arbeiten. Das ist nicht zu akzeptieren. Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen zum Markenzeichen guter Pflege werden. Dafür wollen wir uns im Bündnis für gute Pflege gemeinsam einsetzen." Dass all dies solidarisch finanziert werden muss, ist eine zentrale Forderung des Bündnis' für gute Pflege. Brigitte Döcker, Vorstandsmitglied der AWO fasst zusammen: „Wenn wir von der Würde der pflegebedürftigen Menschen sprechen, reden wir von der Erfüllung des Art. 1 des Grundgesetzes, wonach die Würde des Menschen unantastbar ist. Das gilt sowohl für die ihm zugestandene Hilfe aber auch um die Finanzierung. Pflegebedürftigkeit nicht zu Verarmung der Betroffenen und ihrer Angehörigen führen (...). Wir brauchen eine solidarische und paritätische Finanzierung von Pflege.“


Abschließend ging Hannelore Buls, Vorsitzende Deutscher Frauenrat e. V. auf die tragende Rolle der Frauen in der Pflege ein. In Deutschland sind alle Frauen – viel mehr als Männer – von Pflege persönlich betroffen. Frauen pflegen zu Hause, sie stellen die Mehrheit bei den beruflich Pflegenden und Hausangestellten, sie sind Arbeitgeberinnen und sie sind auch diejenigen, die die professionellen Dienste ambulant und stationär in Anspruch nehmen. Für die breite Akzeptanz irregulärer Beschäftigung in der Pflege sorgen vor allem die verschränkten Notlagen der Beteiligten. Auch davon sind Frauen besonders benachteiligt.

Der Einladung der 23 im Bündnis zusammengeschlossenen Verbände an Vertreterinnen und Vertreter aller Bundestagsfraktionen folgten Mechthild Rawert, (SPD), Dr. Ilja Seifert (Die Linke) und Elisabeth Scharfenberg (Bündnis 90 / Die Grünen). Alle drei Bundestagsabgeordnete begrüßten die Aktivitäten des Bündnis' für gute Pflege und sagten zu, die Umsetzung der Forderungen des Bündnis' zu unterstützen. Rawert spricht sich insbesondere für Rechtsansprüche auf gute Pflege aus. Gesundheit dürfe außerdem nicht vom Geldbeutel abhängen. Scharfenberg betont: „Wir müssen weg von der Minutenpflege“ und bestätigt, dass das Thema Pflege in den Fraktionen angekommen sei. Auch Seifert schließt sich den Forderungen des Bündnis' an. Ihm sei vor allem wichtig, dass die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen im Zentrum stehen und dass diesen neben guter Pflege unbedingt auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben weiter ermöglicht werden muss. Vor und nach der Veranstaltung ging es laut her: Die Percussion-Gruppe „Terra Brasilis“ trommelte Passanten zusammen und machte Stimmung für die gemeinsamen Forderungen.

Ein begleitender Marktplatz mit zahlreichen Informationsständen rund um das Thema Pflege ergänzte die Veranstaltung.

Fotos gibt es [hier](#) und auch unter: www.facebook.com/andiepflegedenken.

1.2 Bündnis für Gute Pflege bei SPD-Parteivorstand

[nach oben](#) 

Bündnis für Gute Pflege bei SPD-Parteivorstand

Im Rahmen seiner Gespräche mit Spitzenvertretern der politischen Parteien waren am 5. August Vertreter/innen des BÜNDNISSES FÜR GUTE PFLEGE auch beim SPD-Parteivorstand, um dort das Bündnis und seine Ziele vorzustellen.

Im Rahmen seiner Gespräche mit politischen Parteien nahmen Vertreter/innen des BÜNDNISSES FÜR GUTE PFLEGE eine Einladung des SPD-Parteivorstandes wahr, um dort das Bündnis und seine Ziele vorzustellen. Das Bündnis vertraten AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker, die Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland Ulrike Mascher und der ver.di Vorsitzende Frank Bsirske.

Der SPD Parteivorsitzende Sigmar Gabriel begrüßte die Bündnisvertreter/innen und erklärte, dass das Thema Pflege die Menschen derart beschäftige, dass es bei den laufenden Wahlkampfveranstaltungen immer auf der Tagesordnung stehe.

Brigitte Döcker vom AWO Bundesverband erklärte wie es zu dem BÜNDNIS FÜR GUTE PFLEGE kam, wer seine Mitglieder sind und welche Ziele das Bündnis verfolgt. Das Bündnis vertrete mittlerweile 23 Partner aus Selbsthilfe und Verbrauchervertretungen, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften und Berufsverbänden. Hauptanliegen des Bündnisses sei es, die Situation der Pflege in Deutschland zu verbessern und eine gute Pflege als ein Menschenrecht zu begreifen und zu etablieren. Sie stellte weiterhin die Forderungen des Bündnisses zur Finanzierung der Pflege vor: Die Finanzierung müsse solidarisch und paritätisch erfolgen. Ebenso notwendig sei eine Erweiterung der Einnahmehasis der Pflegeversicherung im Umlagesystem um alle Personengruppen und Einkommensarten. Zudem müsse die Beitragsbemessungsgrenze angehoben werden und es dürfe keine einseitige Belastung der Versicherten erfolgen.

Allen Beteiligten müsse klar sein, dass gute Pflege Geld koste. Auf der anderen Seite und hier wäre die Politik gefragt, müsse darauf geachtet werden, dass Pflege nicht arm machen dürfe. Am Umgang einer Gesellschaft mit seinen Pflegebedürftigen erkenne man, wie anständig und fortschrittlich eine Gesellschaft sei. Frau Döcker erklärte, dass das Bündnis, auch nach der Bundestagswahl gemeinsam weiter arbeiten werde.

Ulrike Mascher vom VdK betonte, dass Pflege sehr viele Menschen bewege. Pflege werde in der Regel von den weiblichen Angehörigen zu Hause erbracht. Aufgabe müsse es deshalb sein, dafür zu sorgen, dass die häusliche Pflege nicht zusammenbreche. Dazu müssten folgende Voraussetzungen geschaffen bzw. verbessert werden:

- 1.) Verbesserte Leistungen für demenziell Erkrankte inkl. der Einführung eines neuen Pflegebegriffs.
- 2.) Ausbau des kommunalen Informations- und Beratungsangebotes.
- 3.) Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf inkl. der Einführung eines Rechtsanspruches auf Pflegezeit.
- 4.) Gewährleistung von altersgerechtem Wohnen.
- 5.) Kommunale Organisation von hauswirtschaftlichen Dienstleistungen.

Frank Bsirske von ver.di erklärte, dass er die Anliegen der beruflich Pflegenden vertrete. Bsirske forderte dringend die Aufwertung sozialer Berufe. Dazu müsse vor allem vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, die Ausbildungssituation verbessert werden. Ein großes Hindernis sei, dass einige Bundesländer noch immer Schulgeld von den Auszubildenden verlangten. Die entsprechenden Bundesländer müssten dies unbedingt abschaffen. Darüber hinaus forderte er eine bessere Personalausstattung in den Pflege- und Altenheimen und eine deutlich bessere Bezahlung der Beschäftigten. Nur so könnten die Pflegeberufe attraktiver gestaltet und der immer stärker werdende Fachkräftemangel beseitigt werden.

Außerdem nahm Jürgen Gohde, der Vorsitzende des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (KDA) an dem Treffen teil. Er wies darauf hin, dass die Pflegeversicherung sich bewährt hätte, sie aber nicht zukunftsfest sei.

Danach erwiderte der Kanzlerkandidat der SPD Peer Steinbrück, dass er die Forderungen des BÜNDNISSES FÜR GUTE PFLEGE unterstütze und sich für das Engagement der Mitglieder bedanke.

Er stellte dann die Eckpunkte des SPD-Wahlkampfprogramms zum Thema Pflege vor, das zum Beispiel eine Überarbeitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffes und des Leistungskatalogs beinhalte. Zudem erklärte er, dass die SPD den Rechtsanspruch auf eine familiäre Pflegezeit einführen wolle. In Bezug auf die Beschäftigten haben die SPD das Ziel in den nächsten vier Jahren 125.000 zusätzliche Beschäftigte für die Pflege gewinnen zu können. Klar sei, dass dies alles nicht ohne Steuererhöhungen umzusetzen sei. In der Einführung der Bürgerversicherung sehe die SPD die logische Konsequenz aus ihren Forderungen.

Im Anschluss folgte eine kurze Diskussion innerhalb des SPD-Parteivorstandes, aber es

wurden auch Fragen an die Vertreter des BÜNDNISSES FÜR GUTE PFLEGE gestellt.

Sigmar Gabriel bedankte sich abschließend im Namen des Parteivorstandes bei den Bündnisvertreterinnen und Prof. Dr. Karl Lauterbach lobte „die beispiellose Allianz, die es in dieser Größenordnung in Deutschland bisher noch nicht gab.“ Gabriel erklärte zudem, dass die SPD mithelfen wolle, die Pflege in Deutschland zu verbessern.

1.3 Bündnisfilm: Gute Pflege ist ein Menschenrecht

[nach oben](#) ↑

Eine Angehörige und eine Altenpflegerin zeigen, dass es um die Gegenwart und Zukunft der Pflege nicht gut bestellt ist.

Das Bündnis für gute Pflege fordert daher Verbesserungen.

Hier können Sie sich den [Film](#) ansehen.

1.4 Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl

[nach oben](#) ↑

Das Bündnis für gute Pflege hat zur Bundestagswahl [Wahlprüfsteine](#) beschlossen, mit denen die Parteien zur Stellungnahme aufgefordert werden.

Hier geht es zu den Antworten:

[Bündnis 90/Die Grünen](#)

[CDU/CSU](#)

Weitere Antworten werden in Kürze auf unsere [Website](#) eingestellt.

II. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege

[nach oben](#) ↑

2.1 AWO: Pflege-Bürgerversicherung: Gutachten belegt Umsetzbarkeit des AWO-Modells

[nach oben](#) ↑

Pflege-Bürgerversicherung: Gutachten belegt Umsetzbarkeit des AWO-Modells

Berlin, 18. Juli 2013. „Die AWO fordert die Einführung eines nachhaltigen, solidarischen und generationengerechten Finanzierungssystems für die Pflege. Spätestens das heute vorgestellte Gutachten widerlegt die bisher genannten Gegenargumente eines nicht zu bewältigenden Aufwandes und einer fehlenden Verfassungskonformität.“ erklärt AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker anlässlich der heutigen Pressekonferenz zur Vorstellung des Gutachtens „Zur Umsetzbarkeit einer Bürgerversicherung bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit*“ im Haus der Bundespressekonferenz. „Nur eine integrierte, alle Bürger umfassende gesetzliche Pflegeversicherung und eine Beitragspflicht, die alle Einkommen erfasst, gewährleisten eine hinreichende Finanzierungsgrundlage“, erklärt einer der beiden Autoren des Gutachtens Prof. Dr. Karl-Jürgen Bieback von der Universität Hamburg und der zweite Autor Prof. Dr. Stefan Greß von der Hochschule Fulda ergänzt: „Das AWO-Modell der Pflege-Bürgerversicherung ist nach unserer Prüfung sowohl administrativ als auch rechtlich umsetzbar.“

Die rigide Trennung zwischen Gesetzlicher und Privater Kranken- und Pflegeversicherung ist einmalig in Europa und durch keine sachlichen Kriterien zu rechtfertigen. Besonders vor dem Hintergrund zweier konträrer Entwicklungen, einerseits steigende Ausgaben aufgrund der Zunahme von Pflegebedürftigkeit und andererseits abnehmende Einnahmen für die gesetzliche Pflegeversicherung aufgrund geringer werdender Einkommen und prekärer Beschäftigungsverhältnisse auf der anderen Seite lasse sich die Herausforderung einer

zukunftsfesten Pflege nach Meinung der AWO nur über die Einführung einer Pflege-Bürgerversicherung lösen. Die Nachhaltigkeit, die Realisierbarkeit und die Gerechtigkeit dieses Modells hat der AWO Bundesverband durch ein erstes wissenschaftliches Gutachten**, bereits im Dezember 2011, nachgewiesen. Dieses erste Gutachten beweist, dass die Einführung einer Pflege-Bürgerversicherung finanzierbar wäre. „Für die Bürger entstehen keine zusätzlichen Kosten, keine Notwendigkeit für eine private Zusatzversicherung und auf ein risikobehaftetes kapitalgedecktes System kann verzichtet werden“, erklärt AWO Vorstandsmitglied Döcker die Vorzüge der Pflege-Bürgerversicherung. Das heute vorgestellte zweite Gutachten beweise zudem, dass weder verfassungsrechtliche Bedenken, noch ein nicht zu schulternder Verwaltungsaufwand einer Einführung im Wege stehen“, betont Döcker.

„Eine Bürgerversicherung ist gerechter als die derzeitige Beitragsfinanzierung, weil sie die Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung konsequent am Grundsatz der Leistungsfähigkeit eines jeden Bürgers orientiert“, erklärt Prof. Dr. Stefan Greß und Prof. Dr. Karl Bieback erklärt, dass mit einer Pflege-Bürgerversicherung auch die Pflege der viele kleinen Solo-Selbständigen gesichert würde: „Kleine Selbständige mit niedrigem Einkommen lassen sich nur in einem solidarischen Versicherungssystem wie der GKV unter Einschluss aller Selbständigen hinreichend absichern.“

* „Zur Umsetzbarkeit einer Bürgerversicherung bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit“: Gutachten für den Arbeiterwohlfahrt Bundesverband von Prof. Dr. Stefan Greß Wirtschaftswissenschaftler, Dekan des Fachbereichs Pflege und Gesundheit der Hochschule Fulda sowie Prof. Dr. Karl-Jürgen Bieback von der Universität Hamburg.

** „Berechnungen zur Finanzierung der Pflege über eine Bürgerversicherung“, Gutachten für den Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Prof. Dr. Heinz Rothgang, Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen

Hier können Sie die [Gutachten](#) downloaden.

2.2 AWO unterstützt Forderungen von Transparency Deutschland nach mehr Transparenz

[nach oben](#) ↑

AWO unterstützt Forderungen von Transparency Deutschland nach mehr Transparenz

Berlin, 13. August 2013. „Wir unterstützen die Forderung der Antikorruptionsorganisation Transparency International (T.I.) Deutschland, dass die Prüfungen in Pflegeeinrichtungen zur Schaffung größerer Transparenz über die Leistungen und die Qualität besser koordiniert, verzahnt und auf einander abgestimmt werden müssen“, so AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker anlässlich der heute in Berlin von Transparency Deutschland vorgestellten Studie zu Transparenzmängeln und Kontrolldefiziten im Bereich Pflege und Betreuung.

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) setzt sich seit langem für mehr Transparenz in der Pflege für die Verbraucher ein. So hat die AWO bereits 2006 gemeinsam mit den in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) kooperierenden Verbänden den Anstoß für ein Projekt gegeben, dass mehr Transparenz über die Leistungen und die Qualität von Pflegeeinrichtungen herstellt als dies jetzt z. B. der „Pflege-TÜV“ kann.

Die Projektidee wurde von den Bundesministerien für Gesundheit (BMG) und Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aufgenommen. Die Ergebnisse des von den beiden Ministerien geförderten Projektes liegen seit 2011 vor, eine Umsetzung scheitert bisher an den Pflegekassen. Einzelne Träger der Freien Wohlfahrtspflege haben daher mit der freiwilligen Umsetzung begonnen.

„Solche Konzepte sind wirkungsvoller als der Ruf nach mehr Kontrolle, wie ihn jetzt auch T.I. in der Studie fordert“, erklärt Döcker. „Pflegeeinrichtungen werden bereits jährlich unangemeldet geprüft und zwar von mehreren Institutionen, wie den Medizinischen Diensten, den Heimaufsichten u. v. a.“ Aufgrund der verschiedenen Zuständigkeiten für die Prüfbehörden bei Bund und Ländern sind hier jedoch bisher alle entsprechenden Versuche nach mehr Transparenz gescheitert.

Auch im Bereich der rechtlichen Betreuung sind die Möglichkeiten für Betrug und Korruption vielfältig. Hier fordert T.I. eine stärkere Kontrolle und zusätzliche Personalressourcen. Berufsbetreuer und berufsbetreuerbezogene Fakten sollen bei den Amtsgerichten zentral erfasst werden, zudem sollen Berufsbetreuer nach dem Verpflichtungsgesetz verpflichtet werden.

Kontakt: presse@awo.org

2.3 Familienpflegezeit – AWO fordert Rechtsanspruch und Abbau von Verwaltungsaufwand

[nach oben](#) ↑

Familienpflegezeit – AWO fordert Rechtsanspruch und Abbau von Verwaltungsaufwand

Berlin, 16. Juli 2013. „Dieses Gesetz musste zum Totalausfall werden“, erklärt AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker anlässlich der neuesten Zahlen zur Inanspruchnahme der Familienpflegezeit. „Das Gesetz war dafür gedacht, Familie und Pflege miteinander zu vereinbaren, doch seine bisherige Ausgestaltung ermutigt kaum jemanden, die für die Gesellschaft so wichtige Aufgabe der familiären Pflege zu übernehmen“, erklärt Döcker. Als Hauptgründe sieht sie den fehlenden Rechtsanspruch und den enormen bürokratischen Aufwand. So sind eine umfangreiche Vereinbarung mit dem Arbeitgeber und eine Familienpflegezeit-Versicherung abzuschließen.

Von der seit 2012 geltenden Familienpflegezeit für Beschäftigte, die sich vorübergehend um ihre hilfebedürftigen Angehörigen kümmern möchten, machen nach Angaben des Bundesfamilienministeriums nur wenige Betroffene Gebrauch. Demnach hätten im laufenden Jahr lediglich 71 Personen beim zuständigen Bundesamt einen entsprechenden Versicherungsantrag gestellt. „Das Gesetz gehört dringend überarbeitet. Der Verwaltungsaufwand muss verringert und ein Rechtsanspruch muss eingeführt werden“, ist Döcker überzeugt. Zudem gehöre die gesetzliche Begrenzung, nach der Berufstätige ihre Arbeitszeit für maximal zwei Jahre verringern können, abgeschafft, da die Dauer einer Pflege nicht vorhersehbar sei.

2.4 Protestaktion und Bündnis-Podiumsdiskussion in Aachen mit Ulla Schmidt (SPD) und Rudolf Henke (CDU): Patient Pflege - noch zu retten?

[nach oben](#) ↑

Pflegekräfte fordern: Mehr Geld in ein anderes System Das Bündnis für gute Pflege macht in Aachen auf die prekäre Lage in der Branche aufmerksam und pocht auf umfassende Reformen

Artikel ist erschienen in den Aachener Nachrichten am 19.07.2013 - Autor ist Christian Rein

Aachen. Es ist schon etwas Besonderes, dass mit der ehemaligen Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) und dem Vorsitzenden der Ärztegewerkschaft Marburger Bund, Rudolf Henke (CDU), zwei herausragende Vertreter der deutschen Gesundheitspolitik aus Aachen stammen. Trotzdem erlebt man die beiden Bundestagsabgeordneten auch in heimischen Gefilden selten gemeinsam zum Schlagabtausch auf dem Podium. Auch am Donnerstag scheiterte ein eigentlich erfolgversprechender Versuch des Bündnisses für gute Pflege, die beiden im (Vor-)Wahlkampf zu einem Gipfeltreffen zusammenzubringen: Henke sagte nach einem Todesfall im Bekanntenkreis sehr kurzfristig am Morgen seine Teilnahme ab.

Zu dem Bündnis haben sich die Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Berufsverbände bereits im vergangenen Jahr zusammengeschlossen. Sie prangern die prekäre Situation in

der Pflege an und sehen dringenden politischen Handlungsbedarf. Oder, wie es Gastgeberin Gaby Niemann-Cremer, Geschäftsführerin der Aachener AWO, formulierte: „Eine umfassende Pflegereform muss höchste Priorität für die neue Bundesregierung haben.“ Dafür trommelt das Bündnis derzeit mit bundesweiten Aktionswochen, in deren Rahmen auch die Veranstaltung in Aachen stattfand.

Nach Henkes Absage saß Schmidt also alleine auf dem Podium und diskutierte mit Beschäftigten und Betroffenen aus ganz unterschiedlichen Bereichen der stationären und ambulanten Altenpflege. Dabei ging es durchaus kontrovers zu: Schmidt musste sich den Vorwurf gefallen lassen, „die Politik“ fordere immer eine ganze Menge, wenn sie in der Opposition sei, tue dann aber nichts, wenn sie regiere. Die Ex-Ministerin konterte, die Wohlfahrtsverbände hätten ja weiland beispielsweise auch mit für eine stärkere Anhebung der Beitragssätze in der Pflegeversicherung werben können.

Natürlich stand die Finanzierung der Pflege im Mittelpunkt der Diskussion. Alle waren sich einig darin, dass dringend mehr Geld ins System muss, und Schmidt versteckte sich auch nicht, als es darum ging, Quellen zu benennen: Geht es nach dem Willen der SPD, dann wird der Beitragssatz in der Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte erhöht – keine populäre Forderung. Außerdem müsse es eine „Bürgerversicherung Pflege“ geben, an der sich alle, nicht nur die gesetzlich Versicherten, beteiligen sollen. Das wird besonders Bessergestellte wenig begeistern. „Wir brauchen mehr Solidarität“, sagte Schmidt. „Diese Gesellschaft muss sich fragen, was ihr der Satz ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar‘ wert ist.“ Mehr Geld – auch darin waren sich alle einig – ist alleine aber auch nicht die Lösung der Probleme. Schmidt erntete Beifall für ihre Forderung nach einem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff. Das sei eigentlich der wichtigste Punkt nach der Bundestagswahl.

Derzeit werden die einzelnen Aufgaben in der Pflege in Minuten bemessen. Ein pflegebedürftiger Mensch sammelt also je nach seinen Bedürfnissen Minuten, und danach bemisst sich auch seine Einordnung in eine der Pflegestufen. Freilich setzt das auch die Pflegekräfte unter Druck, die tatsächlich die vorgegebene Zeit einhalten müssen. „Akkordpflege, nein danke!“, stand denn auch auf einem der Plakate. Die Schwerpunkte in der Pflege haben sich geändert. Die Menschen werden älter, immer häufiger steht die Betreuung von Demenzkranken im Mittelpunkt, die vielleicht weniger konkrete Hilfe brauchen, aber viel mehr Zuwendung. Entsprechend müsse der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff einem ganzheitlichen Ansatz folgen, sagte Schmidt. Wenn man das umfassend umsetze, inklusive der Prävention, um Pflegebedürftigkeit möglichst lange hinauszuzögern, dann werde das sechs Milliarden Euro kosten. „Das ist viel Geld, aber es ist gut, weil nachhaltig angelegt“, sagte Schmidt.

Einig waren sich alle, dass die Leistung der Pflegekräfte vernünftig – nach Tarif – entlohnt werden müsse. Außerdem müsse es eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geben. Nur so könne der Beruf attraktiv gemacht – und dem drohenden Fachkräftemangel begegnet werden.

Weitere Infos gibt es [hier](#).

2.5 Diakonie Baden befragt vor der Bundestagswahl Politiker

[nach oben](#) ↑

Diakonie Baden befragt vor der Bundestagswahl Politiker

Dazu gibt es auch einen [Fernsehzuschnitt](#).

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl hat das Diakonische Werk Baden Vertreter des Deutschen Bundestages und Kandidaten eingeladen. Unter dem Titel „Bis zum bitteren Ende? – Was tut die Politik für die Altenpflege?“ sollten die Vertreter von CDU, FDP, Grünen und SPD Antworten zu den aktuell drängenden Fragen der stationären und ambulanten Altenpflege geben. Dabei ging es insbesondere um die Refinanzierungslage der Sozialstationen, die Verantwortung der Krankenkassen und die Situation im Personalbereich. Beobachtet wurde die Diskussion von einem Fachpublikum. In dem bis auf den letzten Platz gefüllten Veranstaltungssaal in der IHK nahmen Geschäftsführer, Einrichtungsleiter,

Pflegedienstleitungen, Mitarbeiter, Altenpflegeschüler sowie Angehörige und Heimbewohner aktiv am Diskurs teil.

Karin Maag (CDU) und Pascal Kober (FDP) verteidigten die bisherige Politik der Bundesregierung und verwiesen auf das bisher Erreichte. Man habe deutlich mehr Geld ins System gesteckt und die Neufassung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs auf den Weg gebracht. Sie habe Verständnis dafür, dass man sich noch höhere finanzielle Zuwendungen seitens der Politik wünschen könne, kommentierte Maag entsprechende Forderungen aus dem Publikum. Finanzpolitisch sei das aber riskant. Der FDP-Politiker Kober ergänzte, man müsse so handeln, dass das Pflegesystem dauerhaft tragfähig bleibe. Der Vorstandsvorsitzende der Diakonie Baden, Urs Keller, verteidigte die erhobenen Forderungen mit dem Hinweis darauf, dass es sich dabei nicht um Privatinteressen handele, sondern die kirchlichen Wohlfahrtsverbände einen öffentlichen Auftrag hätten, dem sie gerecht werden wollten. Die Versorgung pflegebedürftiger Menschen sei unter den gegebenen Bedingungen aber nicht mehr machbar. Das deutsche Pflegesystem sei gut, aber selber zutiefst pflegebedürftig. In den vergangenen Jahren seien immer wieder Reformen versprochen, aber nie wirklich auf den Weg gebracht worden, kritisierte Keller.

Auf die Frage, warum die Politik nicht mehr Druck auf die Krankenkassen in der Frage der Refinanzierung ambulanter Pflegeleistungen ausübe, sagte Kober, die Kassen müssten die Finanzierbarkeit des gesamten Gesundheitssystems im Blick behalten und seien in sofern auch Zwängen unterworfen. Das Recht auf Selbstverwaltung dürfe die Politik den Kassen nicht streitig machen. Frau Maag sagte, sie hätte sich gewünscht, dass sich an der Diskussion auch Vertreter der Kassen beteiligt hätten. Sie selber könne nicht für die Kassen sprechen, wenn es um die Frage der angemessenen Finanzierung gehe.

Die Grünen-Abgeordnete Sylvia Kotting-Uhl nannte das Verhalten der Kassen einen Skandal. Die Verwaltungskosten der Krankenkassen machten fünf Prozent ihrer Gesamtausgaben aus, für die häusliche Krankenpflege würden aber nur zwei Prozent der Mittel zur Verfügung gestellt. Hier müsse man etwas ändern. Ob ein SPD-geführtes Gesundheitsministerium denn mehr Druck auf die Krankenkassen ausüben werde, wurde gefragt. Der Bundestagskandidat Parsa Marvi sagte, darauf hoffe er.

Einig waren sich alle Politiker darin, dass der Pflegeberuf aufgewertet und besser bezahlt werden müsse. Keiner konnte jedoch die Frage beantworten, wie die Forderung nach angemessener Bezahlung umgesetzt werden könne, wenn die Politik gleichzeitig die Erhöhung der Preise durch die Kassen über die Grundlohnsummensteigerung deckele. So könnten Einrichtungen nicht einmal die tariflich vorgegebene Lohnerhöhung ihrer Mitarbeiter bezahlen. Die Grünen-Politikerin Kotting-Uhl warb in diesem Zusammenhang für die grüne Bürgerversicherung. In sie sollten alle Bürger nach der Höhe ihrer Einkommen einzahlen. Dadurch stünde dem Pflegesystem ausreichend Geld zur Verfügung, mit der kommende Herausforderungen besser geschultert werden könnten.

Der SPD-Kandidat Marvi wurde mit dem Versprechen seiner Partei konfrontiert, nach der Wahl 125.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Pflegebereich schaffen zu wollen. Wie, so die Frage, könne man das schaffen und wo die Menschen dafür hernehmen? Marvi warb dafür, die Ausbildung für den Pflegeberuf aus öffentlichen Mitteln zu bezahlen. Damit könne die Attraktivität des Pflegeberufs erhöht werden. Ansonsten blieb er aber konkrete Antworten schuldig. Pascal Kober von der FDP ergänzte, durch den demografischen Wandel würden Deutschland in den kommenden Jahren mehr als sechs Millionen Menschen fehlen. Das schlage auf alle Berufs- und Qualifikationsbereiche durch. Er werde sich als Arbeitsmarktpolitiker deshalb dafür einsetzen, dass vorhandene Ressourcen künftig besser genutzt würden.

Den Zuschauern brannte das Thema ‚Dokumentationspflicht‘ auf den Nägeln. Anhand eines Filmbeispiels wurde beschrieben, wie viel Zeit der zu leistende bürokratische Aufwand verschlingt, die dann für die Pflege fehlt. Die Parteien waren sich einig darin, dass hier gegengesteuert werden müsse, blieben aber konkrete Antworten auf das ‚Wie‘ schuldig. Insgesamt zeigten sich die Zuschauer von den Äußerungen der Politiker enttäuscht. Der Mangel an Fachkenntnis sei offensichtlich gewesen und schon deshalb habe es keine konkreten Äußerungen oder gar Zusagen seitens der Politiker geben. Insgesamt aber sei die Veranstaltung eine gute Gelegenheit gewesen, kurz vor der Bundestagswahl ein Zeichen zu setzen, die Diakonie als sozialpolitischen Akteur ins Bewusstsein zu bringen.

Weitere Infos unter:

www.an-die-pflege-denken.de und
www.facebook.com/andiepflegedenken.

2.6 Diakonie Hamburg: Appell an die Bundespolitik: Das Thema „Pflege“ muss auf Platz 1 der politischen Agenda

[nach oben](#) ↑

Appell an die Bundespolitik: Das Thema „Pflege“ muss auf Platz 1 der politischen Agenda

Hamburger Bundestagskandidaten stellen sich der Diskussion bei der Hamburger Diakonie mit über 70 Fachkräften aus der Pflege

Wie soll die Pflege in Zukunft bezahlt werden? Woher kommen die Fachkräfte? Wie können immer weniger junge Menschen immer mehr alte Menschen versorgen? Diese Fragen diskutierten engagiert und kontrovers fünf Hamburger Kandidaten für die Bundestagswahl mit Hamburger Pflegekräften. Eingeladen zu der Veranstaltung am 7. August im Altonaer Dorothee-Sölle-Haus hatte die Hamburger Diakonie im Rahmen der Kampagne „An die Pflege denken“.

Renate Gamp (Vorsitzende des Deutschen Evangelischen Verbands für Altenarbeit und Pflege e.V.) leitete die Veranstaltung ein mit den pflegepolitischen Forderungen der Diakonie: Menschenwürdige Pflege braucht ganzheitliches, professionelles Handeln mit Zuwendung und Aufmerksamkeit. An den Zeit-, Geld- und Personal-Ressourcen dafür jedoch mangelt es. Die Politik wird aufgefordert, den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff zügig einzuführen, Veränderungen im Leistungsrecht umzusetzen und mehr Geld für die Pflege bereitzustellen für eine Pflege-Reform, die diesen Namen verdient und die weit über das aktuelle Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG) hinausgeht. Die Altenpflege „befindet sich in einer akuten Notsituation“ und brauche „vielleicht einen ‚Soli‘ für die Pflege“, so Gamp. In der anschließenden Podiumsdiskussion unterstrich sie, dass es für die Dringlichkeit der Lösungen kein Erkenntnisproblem gäbe, wohl aber ein Umsetzungsproblem seitens der Politik. Auf dem Podium debattierten Frank Schira (CDU), Dr. Matthias Bartke (SPD), Sebastian Liebram (FDP), Kersten Artus (Die Linke), Anja Hajduk (Bündnis 90/Die Grünen) und Renate Gamp (DEVAP) zum Reformstau in der Pflege, zu nachhaltigen Finanzierungsmodellen und zur Zukunft und Attraktivität des Pflegeberufs.

Der Grund für den Reformstau in der Pflege liegt nach Auffassung von Frank Schira (CDU) darin, dass Pflege leider nicht auf Platz 1 der politischen Agenda stehe. Kersten Artus (Die Linke) kritisierte, dass es den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff schon seit 2009 gäbe, aber dass seit vier Jahren nichts passiert sei. Aus dem Publikum wurde der deutliche Appell an die Politik formuliert, dass die Pflege auf Platz 1 der bundespolitischen Tagesordnung gehört. Man hoffe, dass die Politik in den nächsten vier Jahren nicht erneut versage beim Thema Pflege.

Im Saal herrschte Einigkeit darüber, dass „wir eine Gesellschaft brauchen, die würdig mit alten Menschen umgeht und fair mit den Beschäftigten“, so wie es Anja Hajduk von den Grünen formuliert. Einigkeit herrscht auch über alle Parteien hinweg darüber, dass die unausweichliche demographische Entwicklung den Ausbau der Finanzierung der Pflege notwendig macht. Wie die Bürgerinnen und Bürger daran beteiligt werden sollen, unterschied sich dagegen deutlich. Die FDP setzt auf private Vorsorge mit dem „Pflege-Bahr“. Sebastian Liebram (FDP) ergänzte, dass weitere Finanzierungslöcher in der Pflege über den Steuertopf gedeckt werden müssen. Dr. Matthias Bartke (SPD) kritisierte den „Pflege-Bahr“, weil dieser zu Lasten der Geringverdiener ginge. Seine Partei will den Beitrag zur Pflegeversicherung um 0,5% anheben, was rund 6 Mrd. Euro einbringen werde. Anja Hajduk (Bündnis 90/ Die Grünen) plädierte für die Einführung einer solidarischen Pflege-Bürgerversicherung anstelle der bisherigen Trennung von Sozialer und Privater Pflegeversicherung.

Parallel zum Anstieg der pflegedürftigen Menschen im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (2011: 2,3 Mio. ; 2020: 3 Mio; 2050: 4,37 Mio.) „haben wir schon heute mit einem Fachkräftemangel in der Pflege zu kämpfen. Bis zum Jahr 2020 werden voraussichtlich 200.000 Pflegekräfte fehlen“, so Renate Gamp (DEVAP). Laut Dr. Matthias Bartke fordert die

SPD die Mehreinstellung von 125.000 Pflegekräften in den nächsten vier Jahren. Die Pflege gehört zu den Berufen mit dem besten Image (mit 91% auf Platz 2, vor Richtern, Piloten, Ärzten) laut einer Forsa-Umfrage von 2011. Auch von den anwesenden Beschäftigten in der diakonischen Altenpflege wurde positiv bemerkt, dass es keinen Beruf gebe, beim dem man Menschen so nahe kommt. Es wurde aber auch berichtet von den hohen mentalen und körperlichen Herausforderungen des Berufs.

Wie kann es gelingen, so viele Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen? Die Diakonie fordert, dass Pflegekräfte flächendeckend eine angemessene Vergütung, einen Tariflohn in der Pflege erhalten müssen. Diakonische Träger zahlen nach Tarif und werden dadurch im Preiswettbewerb benachteiligt. Die Politik muss die Weichen stellen für eine dauerhafte und vollständige Förderung von Umschulungsmaßnahmen in der Pflege, eine reformierte generalistische Pflegeausbildung und die gesetzlich geregelte Refinanzierung aller Ausbildungskosten.

Die hohe Teilnehmerzahl von über 70 Fachkräften aus diakonischen Pflegeeinrichtungen in Hamburg machte deutlich, wie dringend der Handlungsbedarf ist. Viele Akteure der freien Wohlfahrtspflege waren ebenfalls bei der Veranstaltung, die von Herbert Schalthoff (Hamburg 1) moderiert wurde.

Weitere Infos unter:

www.an-die-pflege-denken.de und
www.facebook.com/andiepflegedenken.

2.7 Postkartenaktion "7 Forderungen = 1 Ziel" von ver.di in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bayern

[nach oben](#) ↑

Postkarten-Aktion: 7 Forderungen 1 Ziel

In Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege Bayern hat ver.di die Postkarten-Aktion "7 Forderungen = 1 Ziel" ins Leben gerufen. Unsere Zielsetzung ist die Sicherung einer zukunftsfähigen Pflege.

Der Weg dorthin:

1. Mehr Geld aus Pflegeversicherungen für pflegebedürftige Menschen
2. Gerechte Gehälter für pflegendes Personal
3. Mehr Personal für pflegebedürftige Menschen
4. Kostenfreie Ausbildung
5. Finanzierung von Qualitätsverbesserungsmaßnahmen
6. Weniger Bürokratie für pflegende und pflegebedürftige Menschen
7. Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs

Bitte unterstützen Sie unsere Aktion und schicken Sie diese Postkarte bevorzugt direkt an einen Kandidaten zur Landtags- oder Bundestagswahl aus Ihrem Wahlkreis, alternativ auch über die Landeszentralen der Parteien.

Hier gibt es weitere Infos und die Postkarte zum [Download](#).

2.8 Kurz notiert: Aktionsstand Bündnis für gute Pflege in Düsseldorf

[nach oben](#) ↑

Am Montag, 15. Juli 2013 gab es einen Aktionsstand vom „Bündnis für gute Pflege“ in einer Fußgängerzone in der Düsseldorfer Innenstadt.
Neben interessierten Fragen von BürgerInnen rund um das Thema Pflege gab es mehrheitlich Fragen zu den Themen : „Warum kostet gute Pflege soviel?“ , „Wie kann ich meine Pflege finanzieren?“ und „Wer pflegt mich, wenn ich alt bin?“
Es wurden die Bündnisforderungen an die anwesenden politischen Vertreter, Herrn MD Markus Leßmann, Herrn Sozialdezernenten Burkhard Hintzsche und an den Oberbürgermeisterkandidaten der SPD für die Landeshauptstadt Düsseldorf, Herrn Thomas Geisel übergeben .
Die Organisation wurde übernommen durch Bert Römgens, ZWST.

III. Veranstaltungen und Termine

[nach oben](#) ↑

3.1 DEVAP-Bundeskongress am 25./26. September 2013 in Berlin

[nach oben](#) ↑

12. DEVAP- Bundeskongress „Zukunft gestalten – Wirtschaftsfaktor Pflege“

Der zentrale Treffpunkt für Führungs- und Leitungskräfte in der evangelischen Altenhilfe, findet am 25./26. September in Berlin statt. Veranstalter ist der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit (DEVAP), der 2013 mit dem programmatischen Titel einen besonderen Akzent setzt: Die Altenhilfe ist in der Mitte der Gesellschaft – als bedeutender zivilgesellschaftlicher Akteur ebenso wie als Wirtschaftsfaktor. Wie können Pflege, Kommunen und Wirtschaft zusammen die demografischen Herausforderungen bewältigen, die auf alle zukommen? Wie gemeinsam die Zukunft gestalten? Diesen Fragen geht der DEVAP mit führenden Experten aus der Praxis, der Wissenschaft und der Kommunalpolitik nach, u. a. mit Uwe Lübking vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. Alle Infos zum Programm und der Anmeldung unter <http://www.devap.info/bundeskongress>.

3.2 Berliner "Woche der pflegenden Angehörigen" vom 23.-29. September 2013

[nach oben](#) ↑

Berliner „Woche der pflegenden Angehörigen“ vom 23. bis 29. September 2013 Wir sagen Danke!

Es ist an der Zeit, sich bei der Gruppe der pflegenden Angehörigen in dieser Stadt zu bedanken.

Deshalb hat eine Initiativgruppe von senatsgeförderten Projekten, im Verbund mit engagierten Akteuren aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, die „Woche der pflegenden Angehörigen“ ins Leben gerufen.

Diese Woche soll dazu dienen, pflegende Angehörige, Freunde und Nachbarn Wertzuschätzung und Ihnen Anerkennung zukommen zu lassen.

Daher planen wir auch 2013 für Sie, die Pflegenden, einige Veranstaltungen organisiert, bei denen Sie sich verwöhnen lassen und ein Stückchen Kultur genießen können.

Selbstverständlich unterstützen wir Sie gerne bei der Organisation der Betreuung Ihrer Angehörigen.

Sie können auch den Austausch suchen und uns mitteilen, was Sie sich wünschen würden.

Dazu laden wir Sie ganz herzlich ein!

Schirmherr:
Mario Czaja, Senator für Gesundheit und Soziales

Weitere Informationen unter <http://www.woche-der-pflegenden-angehoerigen.de/>.

3.3 Basale Stimulation e.V.: Vorankündigung: Wieviel Ethik braucht die Pflege? am 12.10.2013 in Bad Ischl

[nach oben](#) ↑

Vorankündigung des II. Österreichsymposiums Basale Stimulation® „Wieviel Ethik braucht die Pflege“? am 12. Oktober 2013 in Bad Ischl

Liebe Kollegen, liebe Praxisbegleiter/innen sowie interessierte Pflegende und Pädagogen!

Mit Freude darf ich Ihnen/Euch unser II. Österreichsymposium, welches am 12.10.2013 in der Zeit von 10.h -18.h Uhr in Bad Ischl stattfinden wird, ankündigen. Das diesjährige Thema wird die Ethik in der Pflege umfassend von diversen Anhaltspunkten beleuchten.

Was können Sie erwarten?

Frau Maga. Martina Hiemetzberger (Buchautorin, Pflegende und Wissenschaftlerin) wird das Thema aus wissenschaftlicher Sicht beleuchten und theoretische Inputs geben.

Das Thema Ethik und Pflege im Zusammenhang mit dem zentralen Lebensthema „Sicherheit erleben und Vertrauen aufbauen“ wird infolge von Fr. Christa Stelzl aufgegriffen. Fr. Stelzl arbeitet mit Kindern und Frühgeborenen und ist Praxisbegleiterin für Basale Stimulation. Sie wird Ihnen einen Einblick über die praktische Umsetzung von Ethik und dem Konzept Basale Stimulation® bei unseren kleinsten Mitmenschen gegeben.

Frau Karin Pascher ist ebenfalls Praxisbegleiterin für Basale Stimulation. Sie greift das Ethikthema und das zentrale Lebensthema Sicherheit erleben und Vertrauen aufbauen in Verbindung mit Basaler Stimulation beim geriatrischen Menschen auf. Marianne Hiden stellt den Bezug zum rehabilitierenden Menschen her und gibt uns einen Einblick in ihr Arbeitsfeld. Sie wird Ihre Auseinandersetzung über die Orientierungsräume darstellen und wie diese sich bei den betroffenen Menschen im Prozess verändern können.

Alle Referentinnen werden ihren Beitrag im Rahmen eines gemeinsamen Austauschs offerieren. Die tiefere Auseinandersetzung erfolgt in Kleingruppen und wird prozessorientiert von den Referentinnen begleitet.

Weiters erhalten Sie, geschätzte Mitglieder/Innen des Vereins, die Möglichkeit, sich im Rahmen des Symposiums ab 16.00 Uhr im Kompetenzprofil des Kollegialen Dialogs zu schulen.

Das Präsidium des Internationalen Fördervereins empfiehlt nachdrücklich, dieses Angebot wahrzunehmen. Frau Julia Steinberger, Fr. Anna Rinnhofer und Fr. Marianne Grätzhofer, ausgebildete PraxisbegleiterInnen, werden Sie in den „Kollegialen Dialog“ einführen. Beachten Sie, für diese Schulung ist eine begrenzte Teilnehmerzahl von max. 20 Leuten vorgesehen.

Was kostet nun dieser Event?

Bis 26. Sept. 2013: für Mitglieder Internationalen Förderverein: 45€

Ab 27. Sept. 2013: für Mitglieder des Internationalen Fördervereins, und ebenso für Nicht-Mitglieder: 65€

Im Preis inkludiert sind zwei Pausenverpflegungen und Getränke.

Sie können auf Wunsch im LKH ein Mittagessen um 6.90€ einnehmen.

Wo findet dieser Event statt?

Landeskrankenhaus Bad Ischl

Dr. Mayer-Straße 8-10

A- 4820 Bad Ischl

Anmeldungen an: Fr. Maria Thalhammer per email: maria_thal@yahoo.de

Bitte mit der Anmeldung angeben:

Ich nehme an der Schulung des Kollegialen Dialoges teil/ nicht teil.


Ich nehme am Mittagessen in der Kantine des LKH teil/ nicht teil.

Beachten Sie, dieser Event soll eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema ermöglichen. Insofern ist die Teilnehmerzahl auf max. 40 Personen beschränkt. Prinzip: „First come first served“. Die Anmeldungen werden nach Eingangsdatum berücksichtigt. Eine Abmeldung muss ausschließlich schriftlich bzw. per email: maria_thal@yahoo.de erfolgen. Bei Abmeldung vor dem 27.09.13 wird eine Bearbeitungsgebühr von 10€ erhoben. Bei Abmeldung nach Anmeldeschluss wird die gesamte Teilnahmegebühr 55 € in Rechnung gestellt.

Bitte überweisen Sie die Gebühr an z. H. Fr. Maria Thalhammer
Raiffeisenkasse Inneres Salzkammergut
Kontonr. 2 434 041
BLZ 34545
BIC: RZOOAT2L545
IBAN: AT 51 3454 5000 0243 4041

Das Organisationsteam:
Mag. phil. Petra Pasterk,
Fr. Maria Thalhammer und Hannelore Markovits

3.4 Pro Pflege – Selbsthilfenetzwerk: Einladung zum öffentlichen Pflgetreff am 19.11.2013

[nach oben](#) 

Einladung zum öffentlichen Pflgetreff
am Dienstag 19.11.2013, 17.00 – 19.00 Uhr,
im „Kontakt Erfttal“, Bedburger Straße 57, (41469) Neuss-Erfttal

Themen (Kurzstatements und Diskussion):
„Palliativversorgung (Medizin & Pflege) - Hospizarbeit - Sterbebegleitung ambulant und stationär“

Ein Grußwort spricht Pastor Monsignore Jochen Koenig, von 1979 bis 2010 Pfarrer in Neuss-Erfttal (und zusätzlich jahrelang leitender Pfarrer im Gemeindeverband "Rund um die Erftmündung").

Die Moderation wird wahrgenommen von Bernd Müller, ehemaliger TV-Moderator bei "Mittwochs live" und "Wunderschönes NRW" (u.a. mit einem Portrait des Rhein-Kreises Neuss).

Die Referenten auf dem Podium:

Dr. Dr. med. G. Steiner, Kasterstr. 54, 41468 Neuss, Leiter des Palliativnetzes "WiN - Wir in Neuss" für den Rhein-Kreis Neuss.
Dr. med. F.-J. Esser, ist als Chefarzt der Anästhesie im Johanna-Etienne-Krankenhaus Neuss tätig und Facharzt für Anästhesie, Spezielle Anästhesiologische Intensivmedizin, Spezielle Schmerztherapie, Palliativmedizin und Leitender Notarzt.
Gerda Graf, Geschäftsführerin der Wohnanlage Sophienhof gGmbH in Niederzier, Staatsexamen in der Krankenpflege in Jülich, Studium des Pflegemanagements in Duisburg, Focusing-Begleitung und Zusatzqualifikation in Palliative-Care und Ehrenvorsitzende im Deutschen Hospiz- und Palliativverband e.V.
Dr. med. Udo Kratel, niedergelassener Internist und Palliativmediziner, 1. stellvertretender Vorsitzender der Hospizbewegung Dormagen e.V. und Vorstandsmitglied im Deutschen Hospiz- und Palliativverband e.V.

Heinz Sahnen ist der Schirmherr des Pflgetreffs. Die Leitung hat Werner Schell.

Engeladen sind pflegebedürftige Menschen und Angehörige, PflegemitarbeiterInnen, Leitungskräfte in Pflegeeinrichtungen sowie alle interessierten BürgerInnen! - Der Eintritt ist frei!

Weitere Informationen:
Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk

Unabhängige und gemeinnützige Interessenvertretung
für hilfe- und pflegebedürftige Menschen in Deutschland
Harffer Straße 59 - 41469 Neuss
Telefon: 02131 / 150779 – E-Mail: ProPflege@wernerschell.de
Internet: <http://www.pro-pflege-selbsthilfenetzwerk.de>

Weiterempfehlen

Wenn Ihnen die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege gefallen, empfehlen Sie sie doch weiter.

Wichtig

Damit die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege in Zukunft zuverlässig in Ihrem Postfach ankommt und nicht durch einen Filter in den Spam-Ordner einsortiert oder gelöscht wird, nehmen Sie bitte die Absenderadresse dieser E-Mail (annika.lange@diakonie.de) in Ihr persönliches Adressbuch auf.

Impressum

Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Projekt: Bündnis für gute Pflege
Caroline-Michaelis-Str. 1
10115 Berlin

Telefon: 030 65211-0
Fax: 030 65211-3333
E-Mail: stephan.roeger@diakonie.de
Web: www.diakonie.de

Jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. im Rechtsverkehr gemeinsam.

Registergericht:

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg,
Vereinsregister 31924 B
USt-IdNr.: DE 147801862

Abmelden

Falls Sie keine weiteren Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege erhalten wollen, können Sie den Bezug hier beenden. [Kurzinformationen abbestellen](#)

Redaktion

Bei inhaltlichen Fragen wenden Sie sich bitte an Dr. Annika Lange (annika.lange@diakonie.de).

Das Werk wird durch den Vorstand vertreten.
Er besteht aus folgenden Mitgliedern:

Vorsitzender
Präsident OKR Johannes Stockmeier

stellvertretende Vorsitzende
Präsidentin Cornelia Füllkrug-Weitzel

Dr. Jörg Kruttschnitt
Maria Loheide
Tilman Henke
Prof. Dr. Claudia Warning